

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köpfer in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. B. Borch & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frankfort a. M. H. E. Isler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.
Berlin, 8. Februar.
39. Sitzung vom 8. Februar.
Präsident v. Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Zur Verlesung stehen die Anträge Hermann und Gneisenau und Kintelen, Grober und Gneisenau und zwar wurde heute diejenigen Forderungen dieser Anträge zur Diskussion gestellt, wonach 1. aus der Firma jedes Kaufmanns oder gewerblichen Geschäftes der Name und Name des Inhabers erkennbar sein und 2. jeder strafbar sein soll, der nach bekannter Zahlungsunfähigkeit Geschäfte auf Kredit macht, ohne den anderen Theil zuvor davon in Kenntniss gesetzt zu haben.

Hg. Hermann (konf.) empfiehlt seinen Antrag im Interesse der Befähigung infolgeder Geschäftsführung. Die Gläubiger eines Geschäftes müssen ohne weiteres aus der Firma erfahren können, mit wem sie es zu thun haben und wie es um den Fiskus, der Kredit zu nehmen fache. Es komme zu oft vor, daß ein bereits in Vermögensverfall befindlicher noch bei Kredit Geld leihete, die davon keine Ahnung hätten. Das sei nicht in allen Fällen betrug, sondern aber jedenfalls unter betrübender Strafe gestellt zu werden. Er bitte deshalb um Annahme der von ihm beantragten Resolution.

Hg. Kintelen (Ztr.) wünscht mit der von ihm beantragten Resolution zur Kontenordnung gleichfalls der Unvollständigkeit entgegenzuwirken. Seine Vorschläge, mit denen sich auch diejenigen des Vorredners decken, seien von großer sozialpolitischer Bedeutung. Durch die zahllosen Konten würden die Gläubiger, kleine Handwerker, außerordentlich geschädigt. Gehe es so weiter, so würden Ehre und Reputation des Kaufmannsstandes empfindlich verletzt. Die große Zunahme der Konten sei geradezu eine Folge der unglücklichen Kontenordnung selbst. Zur Grundfrage der Kontenordnung müsse man den Begriff der Zahlungsunfähigkeit machen. Deutzutage habe sich, wer bereits zahlungsunfähig sei, immer neuen Kredit zu verschaffen, indem er den Namen wandle, durchaus zahlungsfähig zu sein. Diesen Unbestand müsse abgeholten werden. Nebenbei sei insbesondere, daß unter allen Umständen ein Gläubigeranspruch gebildet werde und daß ein Vermögensvergleich unzulässig sei, wenn nicht zum Vortheil des Gläubigers in der Masse liegen oder wenn der Schuldner sich schon früher einmal in Konturufe befunden hat.

Hg. v. Bar (reif.) glaubt im Gegentheil zu Kintelen nicht, daß die Zunahme der Konten auf das System der bestehenden Kontenordnung zurückzuführen sei. Mit mindestens demselben Recht würde man behaupten können, daß die gesteigerte Zahl der Konten Folge der bestehenden Handelspolitik sei. Jedenfalls aber sei die Kontenordnung ein Gesetz, welches sich mehr als irgend ein anderes durch Präzision im gegenwärtigen Ausdruck auszeichnet. Einzelnen der Kintelen'schen Vorschläge könnte man vielleicht beistimmen, aber im Großen und Ganzen könnten dieselben doch zu sehr das richtige Ermessen einengen. Viel könne schon dadurch geholt werden, daß man zu Kontenrückständen Personen wähle, welche nicht nur juristisch, sondern auch kaufmännische Kenntnisse besitzen.

Hg. Schneider-Hamm (nl.) erklärt, seine Parteifreunde seien durchaus gewillt, den Zentrumsantrag in der Kommission einzubringen zu lassen. Das Publikum müsse gegen schwindelhaft überhöhten Preisen geschützt werden. Gegen Einzelheiten des Kintelen'schen Entwurfs habe er allerdings Bedenken, so dagegen, daß mindestens 50 Prozent in der Masse liegen müßten, wenn ein Zwangsvergleich zulässig sein solle. Ganz einverstanden sei er dagegen mit der verschärften Befristung des frivolen oder rückfälligen Konten. Zu weit gehe das Verlangen Hermann's, in der Firma ganz allein den Firmenbesitzer erkennbar zu machen. Er gebe allerdings zu, daß es ein berechtigter Wunsch sei, der Manipulation entgegen zu wirken, daß Jemand sein Geschäft als Prokurist seiner Frau weiterführe, bloß um seine Gläubiger zu schädigen.

Hg. Heine (Sozialdem.) erklärt sich gegen die vorliegenden Anträge. Dieselben seien nur darauf hinaus, den Kontenmacher, der oft nur durch Unklarheit und hohe Miethen in Vermögensverfall gerathen sei, noch mehr herabzudrücken. Ein großer Theil unserer Konten werde durch die mangelnde Schulbildung mit verursacht. Man sollte die Schüler mehr für das irdische Leben, statt für das himmlische einrichten. Es werde dort zu viel Religion gelehrt, und zu wenig, was für diese Welt und ihre jetzigen wirtschaftlichen Zustände brauchbar sei. Die Bestimmungen des Kintelen'schen Entwurfs seien viel zu rigoros und auch — wie der Bericht des „Leichtsinigen Schuldenmachers“ — zu auslegungsfähig. Der Entwurf sei eine Verballhornung der ohnehin verwickelten Kontenordnung. Er bitte daher, den Antrag Kintelen einfach abzulehnen und gar nicht erst an eine Kommission zu verweisen.

Damit schließt die Debatte und nach Schlussworten der Antragsteller Hermann und Grober werden beide Anträge einer besonderen Kommission überwiesen.

Ferner ist noch die (neulich wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses ergebnislos gebliebene) Abstimmung über die Anträge Hermann und Hg. Grober betreffend Strafandrohung auf Zwangsverhandlungen gegen das Verbot des Waarenverkaufs seitens der Konsumvereine an Nichtmitglieder zu wiederholen.

Die Abstimmung über den Antrag (Resolution) Hermann ist auf Antrag des Hg. Richter eine namentliche. Die Resolution wird mit 131 gegen 92 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Nationalliberale, Freisinnige, Volkspartei, Sozialdemokraten.

Der nächste Gegenstand betr. Antrag (Gesetzesentwurf) des Zentrums wird einer Kommission nicht überwiesen, die zweite Lesung wird also im Plenum nachfolgen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag Kintelen: Nützen der Verjährung, wenn der Strafverfolgung gesetzliche Hindernisse entgegenstehen.

Hg. Stadthagen (Soz.) spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus, der überflüssig sei und auch nicht zweckentsprechend. Schon jetzt könne die Staatsanwaltschaft jederzeit die Verjährung unterbrechen, wenn sie auch nur das Ersuchen um Gestattung der Strafverfolgung an den Reichstag richtete.

Der Antrag Kintelen wird sodann ohne weitere Debatte angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Etat (Reichsamt des Innern).

Schluss 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Der Kaiser hatte am heutigen Vormittag in Begleitung des kgl. Adjutanten vom Dienst eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten und dort einen Spaziergang unternommen. Gegen 11 Uhr nach dem königlichen Schloß zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser zunächst mit dem kgl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, nahm Mittags die persönliche Meldung des kommandirenden Generals des 15. Armecorps, v. Blume, entgegen, und empfing später den Major im Leib-Gülfen-Regiment und Adjutanten der 3. Division, Grafen v. Woltke, welcher einen von ihm persönlich komponierten Armee-Marsch überreichte. Graf Woltke wurde darauf auch von dem Kaiser zur Festlichkeitsfeier geladen, zu der außerdem auch noch der Prinz und die Prinzessin Hermann zu Solms-Braunfels und der Legationsrath v. Wangenheim mit Einladungen beehrt worden waren.

Dem „Figaro“ zufolge wird der Kaiser in diesem Jahre zweimal nach England gehen; im Frühjahr zum Derby in Epsom, im Herbst zu den Regatten bei der Insel Wight.

An dem Abendessen, das der Reichsfeldmarschall Graf Caprivi am Montag veranstaltete, nahmen unter anderen auch der General von Loeb, der die Glückwünsche des Kaisers zum Kaiserjubiläum nach Rom überbringt, der frühere Kultusminister Graf Zedlitz und der Zentrumsabgeordnete Prinz Arenberg theil. Es ist wohl kaum zufällig, daß der Reichsfeldmarschall diese Zusammenkunft vor der Komme des Generals von Loeb veranlaßt.

Am 4. d. M. ist in Pommern-Nienburg der Generalleutnant z. D. Graf von Schwabing im Alter von 70 Jahren verstorben, der der preussischen Kavallerie von 1840 bis 1883 angehört hat. Von seinem Dienstjubiläum an stand er mehr als zwanzig Jahre beim k. Husaren-Regiment, bei dem er auch den Feldzug gegen Oesterreich als Eskadronchef mitmachte. Bei der Armee-Vermehrung im Herbst 1866 kam er als etatsmäßiger Stabschef in das neuerrichtete vierzehnte Husaren-Regiment. Während des Krieges gegen Frankreich war er Abtheilungscommandeur bei dem Munitionsjahrgang der 3. Armee. Im Juli 1871 wurde er an die Spitze des 21. Dragoner-Regiments in Bruchsal gestellt, das er bis April 1879 führte, um dann Kommandeur der 8. Kavalleriebrigade in Erfurt zu werden. In dieser Stellung wurde er am 3. Februar 1880 Generalmajor. Am 15. Mai 1883 wurde er in Generalmajor seines Abschiedsgehaltes als Generalleutnant zur Disposition gestellt.

Während man von einer Vertagung des Reichstages bis zum Herbst zurückgekommen zu sein scheint, kündigt der „D. M. K.“ eine Vertagung des Abgeordnetenhauses an. Die Mitteilung lautet:

Im Abgeordnetenhaus nimmt man allgemein an, daß eine Vertagung des Landtags von etwa Juli bis September stattfinden wird.

Die Veranlassung dazu liegt in der Schwierigkeit, bei normaler, ununterbrochener Ausübung der Tagung mit den Steuervorlagen und der Wahlrechtsreform fertig zu werden, zumal da weitläufige Verhandlungen voraussetzen sind, und die langen Fristen bei den Abstimmungen über Verfassungsänderungen, wie in der Wahlrechtsreform, in beiden Häusern die Erledigung der Angelegenheiten weit hinauschieben.

Zu einer Empfindungsverammlung gegen die Wiederzulassung der Jesuiten, welche am 20. Februar in Bamberg stattfinden soll, laden an fünfshundert evangelische Männer aus allen Theilen Deutschlands ein. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Nicht leichtes Herzens, aber durchdrungen von dem Gefühl einer unabwiesbaren Pflicht, nicht unversucht zu lassen, um eine gefestigte Gefährdung des konfessionellen Friedens von unsern theuren Vaterlande abzuwenden, thun sie diesen Schritt, übergeht, damit im Sinne ihrer evangelischen Glaubensgenossen zu handeln. Auch einmal möchten sie — ehe es zu spät ist — laut ihre Stimme erheben und es aussprechen, daß die einzige Antwort auf alle Bestrebungen zu Gunsten der Wiederzulassung der Jesuiten für jetzt und alle Zukunft nur ein Niemals sein kann und darf. Der Jesuiten-Orden, dessen Moral- und dessen Lehren vom Eise befestigt jede Grundlage der Rechtspflege, sowie deutsche Ehre und Nothwendigkeit untergraben müssen, der Jesuiten-Orden, dessen Lehren vom Staate, Kirche und Könige unter der Herrschaft eines Papstes stellen, der auch die Unterthanen ihres Treuebundes entbinden kann, so daß heimlich und leise zwar, aber mit unfehlbarer Sicherheit das monarchische Gefühl im Volke untergraben wird, der Jesuiten-Orden, ausgeschlossen schon im vorigen Jahrhundert aus zahlreichen katholischen Staaten und aufgehoben als Störer des konfessionellen Friedens von einem unfehlbaren Papste, gehört nicht in das deutsche Reich mit seiner überwiegend protestantischen Bevölkerung. Ansprachen haben zugesagt die Herren Professor Dr. theol. Agel's-Warburg, Professor Dr. theol. Georg Nießel-Leipzig, Hofprediger Dr. theol. Rogge-Potsdam.

Der Zutritt ist nur evangelischen Männern gegen eine Eintrittskarte, die am Nachmittag selbst im Bureau (Vereinshaus) oder im Komptoir des Herrn D. B. Wiemann-Barmen in Empfang zu nehmen ist, gestattet. Letzterer sendet die Eintrittskarte vorher auf Bestellung franco gegen Einzahlung einer 10 Pfennig-Markte jedem Evangelischen zu. Die Eintrittskarte, auf den Namen des Theilnehmers lautend, wird beim Eingang zur Feststellung der Präsenzliste abgegeben.

Im Reichstag wurde am Dienstag mit Bedauern darauf hingewiesen, daß die Zahl der Unfälle zugenommen habe, und daran die Ver-

mehrung geknüpft, daß auf dem Gebiete der Unfallverhütung die Berufsgenossenschaften zu wenig geleistet hätten. Die Thatsache der Zunahme der Unfallzahl kann nicht geleugnet werden. Im Jahre 1887 entfielen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 1000 versicherte Personen 4,14 Unfälle, 1888: 4,35, 1889: 4,71, 1890: 5,36 und 1891: 5,55 Unfälle. Für 1892 liegen die entsprechenden Zahlen noch nicht vor. Wenn jedoch die Ursache dieser Zunahme in einer Nachlässigkeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung gesucht wird, so ist eine solche Annahme grundlos. Wenn die Humanität nicht die Berufsgenossenschaften zur weitesten Ausdehnung der Unfallverhütung treiben würde, so würde es schon ihr finanzielles Interesse thun. Es haben ja auch bereits bis auf wenige Ausnahmen sämtliche gewerblichen Unfallversicherungsvereine die Unfallverhütungspflichten eingeführt. Und daß die letzteren durchgreifend gestaltet sind, auch nicht bloß auf dem Papiere stehen, zeigt doch am besten der Umstand, daß die Unfallzahl in der letzten Zeit von Jahr zu Jahr geradezu rapid abgenommen hat. Im Jahre 1887 machten die schweren, d. h. die Unfälle mit tödtlichem Ausgang und mit der Folge einer dauernden Arbeitsunfähigkeit noch 37,6 Prozent aller unfallverursachenden Unfälle aus, 1888: 27,8 Prozent, 1889: 25,9 Prozent, 1890: 21,9 Prozent und 1891: 18,4 Prozent. Hierdurch wird die Wirkung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsbestrebungen am besten zum Ausdruck gebracht. Die Zunahme der Gesamtunfallzahl hat die verschiedenen anderen Gründe. Zwei davon scheinen uns die wichtigsten zu sein, einmal der, daß die Arbeiter in den ersten Jahren nach dem Auslebentreten der Unfallversicherung über die ihnen zugehörenden Entschädigungsansprüche nicht genau unterrichtet waren und dieselben nicht so verfolgt wie später, und sodann der, daß das Reichs-Versicherungsgesetz und die Schiedsgerichte den Begriff „Betriebsunfall“ mit den Jahren wohlwollender auslegten. Es giebt aber noch eine ganze Anzahl anderer Gründe für die Zunahme der Unfallzahl. So das immer mehr hervortretende Bestreben verletzter Arbeiter, früher vorhanden gewesene Krankheiten auf einen Betriebsunfall zurückzuführen, die Verschärfung der Kontrolle über die Anmeldung der Betriebsunfälle, der häufiger eintretende Arbeitswechsel, die Streits der letzten Jahre, das Ansehen der Unfallverhütungsvorschriften in Folge des nachdringenden Gehalts der Eisenbahn, welches den Arbeitern aus der Aussicht auf eventuelle Entschädigung erwacht, die Zunahme des Maschinenbetriebes in einzelnen Berufszweigen, so namentlich in der Sechsigfabrik, das Einbringen ungelehrter Arbeiter und auch technisch nicht vorgebildeter Arbeiter in Berufswege, welche eine besondere Vorbereitung nöthig machen u. a. m. Man sollte meinen, daß die Menge und Schwere dieser Gründe genügt, um die Zunahme der Unfälle erklärlich erscheinen zu lassen. Die Berufsgenossenschaften haben in der kurzen Zeit ihres Bestehens wohl für die Unfallverhütung so viel gethan, daß sie fast Aufsehen erregende die größte Minderleistung verdienen.

Die Arbeiten an der Umgestaltung des amtlichen Verzeichnisses zum Zeitstrahl sind nunmehr so weit gediehen, daß der Entwurf zum neuen Verzeichnisse demnächst an den Bundesrath gelangen dürfte. Die Möglichkeit einer Einigung in den Entwurf während der Dauer der Beratungen des Bundesraths wird, wie bekannt, den Interessenten im Reichsamt gewährt zu sein. Ueberdies dürfen auch die Einzelregierungen legitimierten Personen die von diesen gewünschte Auskunft über einzelne Theile des neuen Verzeichnisses ertheilen.

Der Reichstag hat am 6. d. M. auf den Antrag des Hg. Singer beschloffen, ein angeklagtes, „schwebendes Strafverfahren“ gegen den Hg. v. Mülich einzustellen. Hiermit scheint es aber eine besondere Bewandnis gehabt zu haben, wenn der folgende Bericht in der „Frankf. Ztg.“ zutreffend ist:

Die Tagesordnung begann mit einem der üblichen Anträge auf Einstellung eines Strafverfahrens, das beim Landgericht Stuttgart gegen den Freiherrn v. Mülich schwebt. Der Antrag hatte die übliche Form, da dort man gar nicht hin, man steht auf, der Präsident verhandelt: er ist angenommen. Nun schwebt aber beim Landgericht Stuttgart gar kein Strafverfahren gegen den Freiherrn v. Mülich, sondern dieses Verfahren ist beendet. Freiherr v. Mülich ist zu zwei Monaten Gefängnis wegen irgend einer Verletzung verurtheilt, es handelt sich aber nur um den Strafverfolgung, er ist vom Gericht aufgefördert worden, am 20. Februar die Strafe anzutreten oder den Nachweis zu erbringen, daß er auf Grund des Art. 31 Abs. 3 der Reichsverfassung der Strafhaft vom Reichstage verlanget wird. So setzte der Hg. Singer den Sachverhalt auseinander, aber, wie gesagt, es hörte Niemand recht zu, und der Reichstag nahm einfach den Antrag auf Einstellung des „Strafverfahrens“ an. Der Abs. 3 des Art. 31 lautet: „Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstages aufgehoben, oder die Untersuchung, oder die Verurtheilung, oder die Vollstreckung der Strafe aufgehoben.“ Das Stuttgarter Gericht hat also offenbar angenommen, daß der Reichstag berechtigt sei, auch die Aufhebung oder Aussetzung der Verurtheilung einer Gefängnisstrafe zu verlangen. So hat der Reichstag früher einmal den Verurtheilungssatz als interpretirt, als 1875 der damalige Hg. Majunk zur Verurtheilung einer Gefängnisstrafe verurtheilt wurde, daß der Reichstag in einer Resolution dagegen protestirt, bekanntlich vergeblich, und seit jener Zeit nahm man an, daß der Reichstag nicht berechtigt sei, die Aufhebung oder Aussetzung einer Gefängnisstrafe für eines seiner Mitglieder zu verlangen. Der Versuch, dies zu thun, ist nie gemacht worden, es haben zahlreiche Abgeordnete während der Session sich mühen und auch gegenwärtig sitzen Herr Hg. v. Mülich und der sozialdemokratische Herr Schippel.

Die „N. Ztg.“ bemerkt hierzu: Der jenseitige Bericht über die Sitzung vom 6. ist noch nicht erschienen. Sollte es sich betreffen des in Rede stehenden Beschlusses in der That zu verhalten, wie hier berichtet wird, so dürfte der Wunsch gerechtfertigt sein, daß derartige Unannehmlichkeiten in Zukunft verhütet werden möchten. Der Reichstag hat den am 16. Dezember 1874 nur mit 158 gegen 151 Stimmen erhobenen Anspruch, daß rechtskräftige Gefängnisstrafen gegen seine Mitglieder während der

Session nicht vollstreckt werden sollten, später fallen lassen; und nehme er ihn im Ernst wieder auf, so würden die Regierungen ohne Zweifel wie 1874 diesem Beschlusse Widerstand leisten. Eine derartige Ausdehnung der Privilegien der Reichstagsmitglieder wäre heute, im Hinblick auf gewisse Ergebnisse des allgemeinen gleiches Wahlrechts, noch unzulässiger, als es im Jahre 1874 war. Ist am 6. d. Mts. ein Versehen vorgekommen, so wird man es corrigiren müssen.

Böfen, 8. Februar. Aus Strowo wird gemeldet, das hiesige Schwurgericht verurtheilte heute den Hg. v. Mülich aus Donaborow, welcher im Dezember vorigen Jahres den Gendarmerie-Oberwachmeister Marschner aus Kempen beim Patronenentwurf im Walde erschoss, wegen Todschlags zu 15 Jahren Zuchthaus.

Thorn, 8. Februar. Der Betriebsinspektor der hiesigen Straßenbahn, Werthmann, ist unter Veracht der Unterstellung verhaftet worden. Die Höhe des Betrags ist noch nicht festgestellt.

Frankfurt a. M., 8. Februar. König Milan hat nunmehr eine Verleumdungsklage gegen den Redakteur Kistowsky der „Frankfurter Ztg.“ eingereicht.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Februar. (W. T. Z.) Der Erbprinz Danilo von Montenegro ist heute nach Petersburg abgereist.

Paris, 8. Februar. In der Partei-Konferenz, in welcher der Handelsminister Lefebvre die Antwort fürzte, welche er morgen auf die Interpellation des Abgeordneten Bisontat hinsichtlich des Vorgehens gegenüber den Koupon-Prozessen, welche gegen die Kaiserin-Oberberger Eisenbahn im Ausland im Anzuge sind, zu ertheilen gedenkt, bemerkte der Minister im Allgemeinen, daß gegen ungünstige Eisenbahnen im Ausland verschiedene Forderungen auf Zahlung in Gold erhoben werden, auf der Basis, daß auf den Prioritäts-Obligationen nicht das Silberverh, sondern auch der Frankfurter ersichtlich gemacht war. Der Minister hob ferner hervor, daß der Standpunkt der Regierung immer der gewesen, daß der ungünstige Staat den betreffenden Eisenbahnen gegenüber nur die Zahlung in der damals faktisch bestanden Silbervertheilung in Aussicht gestellt hat. Dies sei auch der Standpunkt der ungarischen Gerichte gewesen. Die Konvention der Prioritäten der Kaiserin-Oberberger Eisenbahn sei in erster Reihe eben dadurch motivirt, daß solchen Prozessen nach Möglichkeit vorgebeugt werde; für den Fall, daß dennoch ein solcher Prozeß verloren würde, sei aus dem Gewinn ein gewisser Fonds zur Deckung der aus dem Prozeß sich ergebenden Zahlungen gebildet. Nach der Interpellation habe auch ein an der Konferenz betheiligter Konjunkturalist eine Forderung an die Eisenbahn erhoben, welche aus diesem Fonds gedeckt werden sollte. Die Eisenbahn hatte an diesem Vorgehen keinerlei Antheil, und was die gegen das betreffende Konjunkturalist gerichteten Prozesse betrifft, so wurden dieselben vom kompetenten Gericht wegen Mangels strafbarer Handlungen, überdes aber auch in Folge Verjährung eingestellt. Der Redner schloß hiermit, daß, wenn von einem Unternehmen die Rede ist, welches nicht der Aussicht der ungarischen Regierung untersteht, seinen Grund dafür vorzubringen, um von seiner Seite irgend welche Schritte einzuleiten. Die Antwort des Ministers wurde zum Schluß der Konferenz angenommen.

Frankreich.

O Paris, 7. Februar. Die in den letzten Tagen fast vollständig verpumpte Panama-Angelegenheit scheint in der Affäre Clemenceau-Nachschuß wieder aufleben zu wollen. Die Presse konzentirt in ihrer großen Mehrzahl sehr abfällig die Ablehnung des Antrages Gauthier de Clagny durch die Enquete-Kommission. Genanntes Mitglied dieser Kommission hatte nämlich folgenden Vorschlag gemacht: die Kommission fordert die Regierung an, Cornelius Herz über alle wichtigen Punkte des Panamaprozesses, ebenso wie Rochefort über die öffentlich von ihm gemachten Aussagen in der Panama-Angelegenheit verhören zu lassen und ihr das Resultat der Verhöre und die eventuell durch gehörigen Dokumente mitzutheilen. In der Begründung zu seinem Antrag erklärte Gauthier de Clagny, daß es sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in engeren politischen Kreisen als gerade erfindlich angesehen werde, daß die Regierung nicht den geringsten Versuch mache, Cornelius Herz vor seinem ebenfalls sehr nahen Tode sprechen zu lassen, und daß sie es bisher verweigert, aber die durch Rochefort gemachten Aussagen zu Grunde liegenden Thatsachen volles Licht zu verbreiten. Mit 13 gegen 5 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt.

Der Abgeordnete Millevoje, eines der Mitglieder der Enquete-Kommission, sprach sich über die Ablehnung folgendermaßen aus: „Bisshin der selbige Präsident der Kommission hat geantwortet, daß er sich vollständig auf die Untersuchung der Thatsachen, welche mit dem Panamaprozess in direkter Beziehung stehen, beschränken werde. Diese Antwort ist geradezu bisarr; der Präsident der Enquete-Kommission scheint nur eine sehr unvollkommene Kenntniss der Akten des Panamaprozesses zu haben. Es ist vollkommen unbefriedigend, daß Cornelius Herz in die ganze Angelegenheit verwickelt ist, und zwar, weil er unter der Anlage steht, bedeutende Summen, welche aus den Subskriptionen aus dem Panama floßen, unterschlagen zu haben. Nun erklärt Rochefort, daß Cornelius Herz ihm gesagt habe, daß er dem Direktor der „Justice“, Clemenceau, 31 Millionen gegeben habe. Rochefort hat dem hinzugefügt, daß der frühere Abgeordnete Guillot und Beauftragter des Cornelius Herz vor Zeugen die Thatsache bezeugt hätte, daß Cornelius Herz der „Justice“ 4 Millionen ausgezahlt hat. Wenn es Verfallung gleichgültig ist, die Quellen, aus denen Cornelius Herz geschöpft hat, und den Zweck seiner Freigabe festzustellen, dann muß man zugeben, daß das distretteste und furchtbarste Mitglied der ganzen Enquete-Kommission ihr Präsident ist.“

Der „Autragant“ sagt in der nämlichen Sache, Herr Beauregard mußte eigentlich sich weniger dem Zufall der Improvisation anvertrauen, wie er es gethan hat. Er zeigt zu sehr, daß er Minister der „Justice“ ist, d. h. daß er besonders für die „Justice“ Clemenceau arbeitet. Man würde es uns nicht verzeihen, wenn wir uns unter diesen Umständen nicht mehr mit der

Enquete-Kommission befassen, welche von ihrem Präsidenten in einer gerade verblüffenden Weise geleitet wird. In der Pariser Presse hat diese Kommission gestern ihre Maske endgiltig abgenommen. Mit Beauregard hat sie alles daran gesetzt, um die konpromittirtesten Akten von Cornelius Herz zu reiten. Sie hat gestern das reichsgezügliche Clemenceau gefeiert, welcher unglücklicherweise für sie zu den Toten gehört, vor denen man das Haupt nicht entblößt.

Im „Radical“ schreibt Henri Maret: Wenn der Wagen festgehalten ist, so wird ihn nicht das Summen einer Flegel aus dem Schmutz ziehen. Es sind nicht nur starke Pferde dazu nöthig, sondern vor allem müssen auch die Reifenden absteigen. Wenn der Karren wieder frei gemacht werden soll, so muß man vor allem damit anfangen, diejenigen zu verabschieden, welche ihn belasten und immer tiefer in den Schmutz hinein rutschen; das übrige wird das allgemeine Summen leicht befeigen. Und mit der Anwendung des letzteren Mittels darf man wahrhaftig nicht mehr lange warten. Bis zu den Wahlen, darüber gäbe man sich keiner anderen Hoffnung hin, wird man im Schmutz stecken, ohne einen Schritt vorwärts zu kommen.

Der „Gaulois“, welcher sich in der Angelegenheit Arton von Anfang an ganz besonders unparteiisch gezeigt hat, — somit ist bekanntlich Zuverlässigkeit eine seltene Eigenschaft des radikalsten Blattes, — veröffentlicht über den berichtigten Panama-Abenteuer folgende Einzelheiten:

Arton wurde erst nach dem Tode Reinach's, an dessen Stern er in einer Art gläubte, wie sie nur abergläubischen Abenteurern eigen ist, anhänglich. Er befruchtete, daß ihm ein ähnlicher Tod vorbehalten sei, wobei er vollständig überzeugt war, daß Reinach nicht durch Selbstmord, sondern durch das Gift eines Anderen gestorben sei. Vor einer Verhaftung hat Arton nicht die geringste Angst; obwohl er sich gerade jetzt sehr vorzüglich verhalten hätte, so ist er dennoch vollständig sicher, daß seine ganze Verfolgung die reinste Komödie ist und daß die Regierung nichts weniger als ein großes Interesse seiner eventuellen Verhaftung entgegenbringen würde.

Das „Journal des Debats“ kündigt an hervorragender Stelle seiner heutigen Nummer die vollständige Transformation der administrativen, sowie reaktionellen Organisation dieses Blattes auf den 1. März an. Die Gründe, welche das Blatt, bekanntlich das vornehmste Organ der französischen Hauptstadt, für diese vollständige Umgestaltung anzeigt, sind vor allem die veränderten Verhältnisse und von früher vollständig verschiedenen Ansprüche, welche das moderne Publikum an ein großes Tagesorgan stellt. (Das „Journal des Debats“ brachte in der Hauptsache große Artikel der ersten Pariser Journalisten und Schriftsteller mit Ausschluß des eingehenden Informationsbüros.) Andererseits entspricht der Preis von 20 Centimes für eine Nummer des täglich einmal erscheinenden Blattes nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Das Blatt wird künftig als großes, zweimal erscheinendes Boulevardblatt umgewandelt werden, was im Interesse des gediegenen Journalismus sehr zu befeuern.

Paris, 8. Februar. (W. T. Z.) Die Morgenblätter sprechen sich im Allgemeinen mißbilligend über die gestrigen Beschlüsse der Anlagekammer in der Panama-Angelegenheit aus. Man glaubt, daß es bedauerlich in der heutigen Kammer zu lebhaften Erörterungen kommen werde.

Paris, 8. Februar. (W. T. Z.) Der „Figaro“ bekräftigt die von der Anlagekammer in dem Panama-Prozesse beschlossene Einstellung des Verfahrens gegen Rochefort, Devers, Grevy, Renault und Cottu und meint, das Publikum werde überzeugt sein, daß man diejenigen retten wollte, deren Zorn und Enthaltungen man fürchtete.

Die Regierung werde jedenfalls schuldig erscheinen; entweder habe sie leichtfertig versucht, ehemalige Minister, Senatoren und Deputirte zu entehren, oder sie sei vor den Konsequenzen ihrer Energie zurückgeschreckt. Auch andere Blätter erklären den Beschluß der Anlagekammer vom Rechtsstandpunkt unbefriedigend und fragen, warum Digne de la Pancomerie und Broust verfolgt würden, Grevy dagegen nicht.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Marseille wäre die dort ausgebrochene Epidemie wirklich die Cholera, die sich am 1. Februar gezeigt habe. Am Montag kamen 12 Erkrankungen und 7 Todesfälle vor, gestern 37 Erkrankungen und 12 Todesfälle. Die Aerzte hätten Anfangs Schweigen beobachtet, weil sie die Erkrankungen nur für cholerähnliche hielten.

Großbritannien und Irland.

Die Nachwahl zu Burnley erfolgt, obwohl der ministerielle Kandidat siegte, dennoch von den Wählern der Opposition dieselbe Beurtheilung, wie am 6. d. M. die Niederlage der Liberalen bei Huddersfield. Die Thatsache, welche diese Auffassung zu berechtigen scheint, ist die Verminderung der liberalen Majorität um die Hälfte seit der großen Wahl. Freilich führt die heutige „Times“ selber eine Thatsache an, welche den Fall als einen individuellen hinführen erklärt: In den persönlichen Minderheiten, in den der bisherige liberale Vertreter von Burnley, Balfour, durch seine Theilnahme an einer Vangenschaft, die unter Umständen erregenden Umständen verbracht ist und Hunderte arg beschädigt hat, gerathen. Der heutige „Daily Chronicle“ erachtet dies als genügenden Grund für die verringerte Majorität und dadurch weitere Forderungen für unberechtigt. Aber er betont nochmals, daß den Liberalen eine größere Kontinuität gegenüber den Arbeiterfragen durchaus nicht thue, solle sie nicht mehr Enttäuschungen bei den noch ausstehenden Nachwahlen erleben. Der Wahlschicksal bei Huddersfield habe nicht von der Beschaffenheit der Personen abgehungen, sondern den selben habe eine Prinzipienfrage entschieden. Die Arbeiter, deren Stimmeneinheit, nach dem Morte, zu Gunsten der konservativen Sache entschieden, hätten ihr Mißtrauen in dem konservativen Sir Joseph Crossland und dessen Versprechungen nicht verlohren, aber auch gleichzeitig gegen die starke Ablehnung der Arbeiterforderungen seitens des Liberalen Woodhead wirksam protestirt. Damit giebt aber das liberale Blatt selber die Schwierigkeiten zu, welche aus ihrer geringen und hinführenden Majorität der Regierung erwachsen.

Das Interesse der öffentlichen Meinung in England konzentirt sich zur Zeit auf die Frage,

ob die in den Grubenrevieren von Süd-Wales herrschende Fährnis sich zu einer Krise zuspitzen werde, oder im Wege glücklicher Umstände zwischen Arbeitgeber und Arbeitern werden beigelegt werden. Das entscheidende Wort soll am nächsten Montag gesprochen werden. Entfallen ist das schwebende Schwert aus dem Grunde, daß die Arbeiter es ablehnen, sich eine, durch die Ungunst der Verhältnisse bedingte, keineswegs besonders hohe Lohnermäßigung gefallen zu lassen. In Süd-Wales ist das System der gleitenden Scala maßgebend. Dasselbe ist seit langen Jahren ununterbrochen den Arbeitern zu Gute gekommen, sofern die dauernde günstige Geschäftslage zur Erhöhung der wöchentlichen Arbeitslöhne weit über das sonst in England übliche Durchschnittsniveau führte. Gegenwärtig nun ist die steigende Tendenz zum Durchbruch gelangt. Die Arbeitgeber sind in Folge des Sinkens der Kohlenpreise und des Anwachsenden der Förderungskosten in eine Zwangslage gebracht, und erachten eine Herabsetzung der Löhne für unumgänglich. Um die Gerechtigkeit dieses Verlangens darzuthun, haben sie sich sogar zur Vorlegung ihrer geschätzlichen Buchführung bereit erklärt. Eine Weigerung der Arbeiter, dem Verlangen der Arbeitgeber nachzugeben, würde nichts anderes bedeuten, als daß die Arbeiter dem System der gleitenden Lohnscala nur so lange holt, als es keine Wirkung in lohnsteigernder Richtung äußert, es aber sofort fallen lassen und verlangen, wenn keine Anwendung zu einer Lohnherabsetzung, sei sie auch noch so geringfügig, führen würde.

London, 8. Februar. Der parlamentarische Ausschuss der Trades Unions beschloß, den internationalen Kongress 1894 statt 1893, wie zuerst bestimmt war, abzuhalten und Delegierte zu den internationalen Kongressen in Calais und Zürich zu senden.

London, 8. Februar. (W. T. B.) Das „Kaiserliche Bureau“ meldet aus Yokohama von „Ante“:

„Der parlamentarische Konflikt dauert fort. Bei dem Wiederzusammentritt des Landtages nach zweiwöchiger Vertagung fand eine lange und lebhaft debattirte über die Adresse der Opposition an den Mikado statt. Da keine Einigung erzielt wurde, wurden die Sitzungen bis zum 2. d. M. weiter vertagt.“

Dänemark.

Helsingör, 8. Februar. (W. T. B.) Der Sund hat sich in Folge von Nordwestwind in vergangener Nacht mit Eis gefüllt. Die Ueberfahrt der Eisbrecher war heute Vormittag unmöglich. Im großen Belt ist Nebel eingetreten, weshalb die Ueberfahrt unsicher ist.

Rußland.

Petersburg, 3. Februar. Der gestern verordnete General-Adjutant Timaschew gehört zu den Staatsmännern der vorjährigen Regierung, welchen die Aufgabe zuzufallen, die Reformen Alexanders II. durch administrative Mittel einzuführen und unwirksam zu machen. Timaschew war in den ersten Jahren der Regierung Alexanders II. Chef der dritten Abteilung und wurde im Jahre 1867 berufen, an Stelle des Grafen Balaschew die Leitung des Ministeriums des Innern zu übernehmen. General Timaschew liebte Karrieren zu machen, nicht aber Geschäfte am Schreibtisch zu erledigen. Dennoch hatte er ausgeprägte politische Ansichten. Die Petersburger Presse, die von ihm auf verschiedene Weise genaselt wurde, weiß davon zu erzählen. Unter seiner Leitung des Ministeriums des Innern wurden die ersten ersten Schritte zur Russifizierung der Ostprovinzen getan; der Posten eines Generalgouverneurs von Kurs, Pskow und Gorka wurde aufgegeben und dort die russische Städteordnung eingeführt. Im West-gebiet gelang ihm die Konvertierung von 200.000 Unruhen im Cholmischen, wofür Alexander II. ihm im Jahre 1875 in einem kaiserlichen Handschreiben seinen Dank ausdrückte. General Timaschew gehörte zu den wenigen russischen Staatsmännern, welche die slavische Bewegung in den siebziger Jahren für eine Thorheit hielten. Er war der Ueberzeugung, die Schwärmer der russischen Gesellschaft würden ohne Blut zu fordern schwinden. Als eine Drahtmelde die kaiserliche Anrede Alexanders II. im Kreml nach Petersburg brachte, entschloß sich Timaschew zu deren Veröffentlichung im Regierungsorgan erst, nachdem er beim Hofminister drähtlich angefragt, ob die Nachricht richtig sei und veröffentlicht werden soll. Als Ende der siebziger Jahre die nihilistische Bewegung zunahm, der Chef der 3. Abteilung, General Wjessnow, durch Mordhandeln seinen Tod fand und dem zufolge auch die Leitung des Ministeriums des Innern eine kräftigere Hand verlangte, trat Timaschew seinen Posten seinem Gehilfen Mafow ab. Unter der jetzigen Regierung spielte er keine Rolle.

Petersburg, 8. Februar. (W. T. B.) Der Kaiser und die Kaiserin empfingen gestern im Winterpalais den Emir von Buchara in Abschieds-Audienz. Derselben wohnten außer dem Gesolge auch der Sohn des Emirs, welcher in das hiesige Nikolai-Kadettenkorps eintritt, sowie mehrere russische Würdenträger bei. Der Emir wird morgen Petersburg verlassen, um sich über Tiflis oder St. Petersburg nach Buchara zu begeben.

Äthien.

Wie in Kleinasien und Ägypten, so hat auch

im fernen Osten, auf dem Gebiete des japanischen Eisenbahnbaues, die deutsche Industrie in letzter Zeit beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen. Daß es gelang, gerade hier die heimische Arbeit zur Geltung zu bringen, erscheint uns so erfreulich, als noch bis vor wenigen Jahren England bei den Lieferungen für die japanischen Eisenbahnbauten ein fast ausschließliches Monopol behauptete und es schwer fiel, zunächst alle Vorurteile gegen das deutsche Material zu beseitigen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt folgende Uebersicht:

„Die im vorliegenden Jahre in einer Länge von rund 200 Kilometer fertiggestellten und damit zum vorläufigen Abschluß gelangten Eisenbahnbauten auf der Insel Kjusiu bilden die erste bedeutende Probe der Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie auf japanischem Boden. Die Probe ist zur vollen Zufriedenheit der japanischen Besteller ausgefallen, und es erscheint in den Augen der Aktionäre der „Kjusiu-Eisenbahn-Gesellschaft“ als kein geringer Vorzug, daß der unter der technischen Oberleitung eines deutschen Ingenieurs, des königlich preussischen Eisenbahndirektors Kumpfmüller, ausgeführte Bau sich erheblich billiger gestaltet hat, als dies bei gleichartigen Unternehmen in Japan vielfach der Fall war. Die ausschließlich deutschen Werken zugefallenen Materiallieferungen für die Kjusiu-Eisenbahn repräsentieren für die heimische Industrie eine Bruttoeinnahme von rund 5 Millionen Mark. So günstig dieses Resultat nun auch, wenn man die zu überwindenden Schwierigkeiten in Rücksicht bringt, ist, so wird es demnach der ganzen Wirtschaft der deutschen Industrie beizubringen, um die gewonnene Position auf dem japanischen Absatzgebiete dauernd zu behaupten. Gewiß wird ihr der gute Ausfall der Kjusiu-Lieferungen auch bei fernem Wettbewerb zur Empfehlung dienen; aber andererseits ist es doch Thatsache, daß es nicht allein der Güte des deutschen Materials, sondern in hervorragendem Maße der persönlichen Autorität des an Ort und Stelle befindlichen deutschen Ingenieurs zu verdanken ist, wenn die englische und amerikanische Konkurrenz, trotz unangesehener Bemühungen, auf das Kjusiu-Unternehmen bisher keinen Einfluß gewinnen konnte. Diesem Moment ist leider jetzt fortgegangen, nachdem Herr Kumpfmüller mit dem zu Ende vorigen Jahres erfolgten Ablaufe seines Kontraktes aus dem Dienste der Kjusiu-Eisenbahngesellschaft ausgeschieden ist. Der Umstand, daß seine Stimme nicht nur bei der Kjusiu-Eisenbahngesellschaft, sondern auch bei anderen japanischen Eisenbahn-Unternehmungen von Ausschlag gebendem Einflusse war, liefert übrigens wieder einen eloquenten Beweis dafür, was selbst bei noch so scharfer Konkurrenz erreicht werden kann, wenn die heimische Industrie an Ort und Stelle ständig durch eine Persönlichkeit vertreten ist, die es versteht, die sich bietenden Chancen in geschickter Weise wahrzunehmen. Die englische, französische und amerikanische Konkurrenz haben dies längst erkannt, und ihr vor der deutschen Industrie auf dem ostasiatischen Markte erreichte Vorrang ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie sowohl in China wie in Japan technisch geschulte Kräfte unterhält, deren Aufgabe es ist, sich über die Bedürfnisse des fremden Marktes stets zu orientieren und im geeigneten Moment für ihre heimischen Interessenten einzutreten. Nach denselben Grundsätzen verfährt jetzt auch die belgische Industrie, die neuerdings mit sichtbarem Erfolg ihr Absatzgebiet auf dem ostasiatischen Markte zu vergrößern beabsichtigt ist. Unzweifelhaft würde die deutsche Industrie erheblich gewinnen, wenn auch unsere Industrien mehr für eine geschickte, ständige Vertretung in überseeischen Ländern Sorge tragen. Sie sollten die Auslagen dafür nicht scheuen; mit der Zeit würden sie reichlich für dieselben entschädigt werden.“

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 9. Februar.** Der Stettiner Grundbesitzer-Verein hielt gestern Abend in den Sternsalen eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher zunächst die an den Herrn Finanzminister, sowie an die beiden Häuser des Landtages zu erscheinenden Petitionen zur Vorlage gelangten. Die für das Abgeordnetenhaus bestimmte Petition hat folgenden Wortlaut:

„Einem hohen Hause der Abgeordneten erlaube ich die ganz ergebenste Unterzeichnung folgende ganz ergebnisse Bitte vorzutragen: Hochgeachtetste für den dem Landtage unter dem 2. November 1892 vorgelegten Entwurf eines Kommunalabgabengesetzes eine Abänderung in der Weise beizubringen und genehmigen zu wollen, daß die Hausbesitzer bei der Heranziehung der Gebäudesteuer für den Steuerbedarf der Kommunen vor einer ungerechten, erdrückenden Belastung geschützt und nicht höher zu dieser Steuern herangezogen werden, als die Kapitalisten, oder die übrigen Besitzer fuhrenten Einkommens.“

Der Wortlaut sämtlicher drei Petitionen ist derselbe, nur die Eingangsformel lautet verschieden und machen wir darauf aufmerksam, daß jeder Petent drei Mal zu unterschreiben hat. Nachdem Herr Collas die Petition nebst der dazu gehörigen ausführlichen Begründung gelesen, gab Herr Dr. Graßmann zu letzterer einige nähere Ausführungen und schloß vor, jedem einzelnen Mitglieder der beiden Häuser des Landtages, sowie des hiesigen Magistrats, ferner auch den Stadtverordneten je ein Exemplar der Petition ohne Unterschriften zugehen zu lassen. Dieser Antrag

fand einstimmige Annahme. Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung stand zur Besprechung ein am 22. d. Mts. zu veranlassendes Wintervergnügen. Herr Dr. Graßmann nimmt Gelegenheit, zum Abkommen auf die „Städte-Zeitung“ einzulassen. Sodann erfolgt die Vorlage des Etats für 1893, derselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1400 Mark und wird von der Versammlung genehmigt. Der Vorstand hat sich weiter mit der Regelung der Müllabfuhr beschäftigt und den Unternehmern Herrn Schulz zu weitgehendem Entgegenkommen geneigt gefunden. Es soll für ein Haus von 8 bis 10 Wohnungen ein Betrag von 3 Mk. monatlich gezahlt werden, die Vereinsmitglieder erhalten jedoch eine Preisermäßigung von 10 Prozent. Der Unternehmer verpflichtet sich, wöchentlich mindestens einmal den Inhalt der Müll- und Entleerung abzuführen. Falls diese Bestimmung nicht eingehalten wird, sind die Hausbesitzer berechtigt, die verfallene Müllgebühr auf Kosten des Unternehmers ausführen zu lassen. Nach kurzer Debatte wird der Vorstoß auf fakultative Annahme des Abkommens angenommen. Herr Klein macht darauf aufmerksam, daß die Belästigung der Flure und Treppen mit Eintritt der Dunkelheit zu erfolgen habe, die Nichtbeachtung dieser Vorschrift könne sehr üble Folgen nach sich ziehen. Es ließ sich gelangte wiederum die Straßenreinigung zur Besprechung und entspann sich hierüber eine längere und lebhaft Debatte. Herr Collas beklagte es, daß gegenwärtig die Hausbesitzer an die Stadt für die Reinigung bezahlen müssen und trotzdem polizeilich dazu angehalten werden, das Eis von den Bürgersteigen zu entfernen. Reiner würde schon zufrieden sein, wenn die Reinigung getheilt würde, die Hausbesitzer den Bürgersteig, die Stadt den Damm übernahm, letztere aber allein die Kosten trüge. Herr Dr. Graßmann a. n. befürwortet eine Erhöhung der Kosten von 15 Pf. auf 25 Pf. pro Quadratmeter und befürwortet fakultativ den Anschluß an die städtische Straßenreinigung. Der Kurze hält dies für unpraktisch und erachtet die Debatte für nutzlos, da der Magistrat zunächst mit neuen Anträgen hervortreten müsse. Nach einigen kurzen Bemerkungen wird die Debatte geschlossen und dem Vorstand anbefohlen, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu thun.

* Der Architekt und Maurermeister Herr C. R. Wettenstedt ist hieselbst als Sachverständiger für Baugesamtheiten und Taxator städtischer Grundstücke bestellt und vereidigt.

Aus den Provinzen.

2. Greifenberg, 8. Februar. Die aus dem hiesigen Kreise in das Strafgebiet nach Dortmund kommandirten beiden Gendarmen wurden gestern wieder von dort eingetroffen; dem Nachmeister Herrn Schüller wurde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. — Es ist hier die Nachricht verbreitet, daß in unserer Umgegend Ende dieses Sommers das Manöver des 2. Armeekorps abgehalten wird, da das Terrain der Gegend sich dazu besonders eignet, wie dies in den vier Manövern, die seit dem Jahre 1877 hier abgehalten sind, von den Militärbehörden und Generalstabs-offizieren festgestellt wurde. Auch die ausgedehnte Aufnahme der Mannschaften hat die betreffenden Generale stets zu einem öffentlichen Dank an die Quartiergeber veranlaßt.

3. Witau, 7. Februar. Am hiesigen königlichen Schullehrerseminar hat die hier wieder statt findende Anwesenheit eine so große Anwesenheit angenommen, daß gegen 50 Seminarjünglinge davon ergriffen worden sind und krank darniederliegen. Das Provinzial-Schulcollegium hat heute telegraphisch den Schluß des Unterrichts anbefohlen und sind in Folge dessen Ferien auf unbestimmte Zeit gegeben worden.

Bermischte Nachrichten.

Berlin. Die Nachforschungen nach dem Mörder der Frau Leschonska und ihres Sohnes haben zu der Ermittlung eines gefährlichen Verbrechers geführt, der seit einiger Zeit von der Polizei gesucht worden ist. Unter den Leuten, welche festgenommen worden waren, weil sie verdächtig erschienen, den Doppelraub in der Gerichtstraße ausgeführt zu haben, befand sich auch der 18jährige Lederarbeiter Rudolf Hennig. Die polizeilichen Ermittlungen haben erwiesen, daß seine Beihilfung an diesem Verbrechen als ausgeführt zu betrachten ist, doch hat er sich herangesetzt, daß Hennig einer der beiden treuen Diebe ist, die in vielen Fällen in Geschäftslokale eingedrungen sind, die Verkäuferinnen im Nebenraum eingekerkert, den Inhalt der Ladenkasse gestohlen und ihre Verfolgung auf die Straße dadurch verhindert haben, daß sie nach Verlassen des Hauses die Hausthür von außen zugebunden haben. Höchst wahrscheinlich erscheint es, daß Hennig am 27. Januar in der Gerichtstraße die Verkäuferin C. überfallen, sie niedergebunden, mit einem Revolver bedroht und mit dem Inhalt der Kasse die Flucht ergriffen hat. Hennig ist von der G. mit Bestimmtheit als der Mann wiedererkannt worden, der diesen Angriff auf sich angeführt hat. Bei Hennigs Durchsicherung fand man bei ihm vier Gelbbüchsen, einen Revolver und eine eiserne Kasse. Mit Bezug auf die Leschonskasache ist im Interesse der beschuldigten Personen darauf aufmerksam zu machen, daß die Behörden die Gerichte als vollständig unbefugdet bezeichnen, denen zufolge Personen, welche der Ermordeten sehr nahe stehen, unter

anderen sogar den bedauerndsten Gatten und Vater der Ermordeten, der Thäterschaft bezichtigten. Für derartige Anschuldigungen liegt auch nicht der geringste Grund vor. Uebrigens sei bemerkt, daß auch in diesem Fall, wie es bei Anschuldigungen gegen Kriminalfälle stets zu geschehen pflegt, sich ein Geisteskranker fälschlich der Thäterschaft bezichtigt hat.

— (Kostenfreie Stellenvermittlung des Vereins für Handels-Kommis von 1858 in Hamburg.) Im Jahre 1892 wurden durch diesen Verein, welcher der größte unter den kaufmännischen Vereinen ist, 3754 Bewerber platziert, gegen 3695 im Vorjahre. Ueber die Hälfte derselben fand außerhalb Hamburgs Stellung und zwar im Inlande, im Auslande und über See. Am 22. November 1892 wurde die 42.000ste Stelle seit Bestehen des Vereins durch dessen Stellenvermittlung besetzt, nachdem am 22. August 1892 die 41.000ste Stelle besetzt worden war. Den Herren Chefs sei die Benutzung der kostenfreien Stellenvermittlung des Hamburger 1858er Vereins angeregelt empfohlen. Sie erwidert sich auf kaufmännische Stellen jeder Art und Branche und ist für Aufträge ertheilende Firmen sowohl, als auch für stellensuchende Mitglieder völlig kostenfrei. Es wird weder Einschreibegeld, noch Portovorteile, noch Vermittlungsgebühr oder dergleichen erhoben. Nur gutempfohlene, von sachkundigen Angestellten ausgewählte Bewerber werden für solche Stellen in Vorschlag gebracht, die ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen. Deshalb werden über jeden Bewerber in seinem Interesse direkte Auskünfte von seinen früheren Chefs nach Möglichkeit eingezogen.

Börsen-Berichte.

Börsen, 8. Februar. Spiritus loco ohne Faß 50r 50, do. 70r 51,00. Still. — Wetter: Thaumetter.

Magdeburg, 8. Februar. Zuckerbericht. Kommoder ehl. von 92 Prozent 15,15. Kommoder ehl. 88 Prozent Rendement 14,50. Nachprocente ehl. 75 Prozent Rendement 12,10. Rüben. — Brod-Raffinade 1. 27,75. Brod-Raffinade II. 27,50. Gemahlene Raffinade mit Faß 28,00. Gem. Mehlis I. mit Faß 26,25. Mühl. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Februar 14,37, bez. 14,40 B., per März 14,37 bez. u. B., per April 14,40 G., 14,45 B., per Mai 14,45 G., 14,50 B. — Mühlz.

Köln, 8. Februar. Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,40, per Mai 16,80. Roggen hiesiger loco 14,75, do. fremder loco 16,75, per März 14,50, per Mai 14,35. Hafer hiesiger loco 14,75, do. fremder loco 14,80. — Rüben loco 54,50, per Mai 53,20, per Oktober 53,50. — Trübe.

Hamburg, 8. Februar. Vormittags 11 Uhr. Caffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per März 81,25, per Mai 82,25, per September 82,25, per Dezember 81,75. Fest.

Hamburg, 8. Februar. Vormittags 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Ulfance frei an Bord Hamburg per Februar 14,42, per März 14,40, per Mai 14,50, per September 14,40. Ruhig.

Brest, 8. Februar. Vorm. 11 Uhr. Produktmarkt. Weizen loco behauptet, per Frühjahr 748 G., 750 B., per Herbst 760 G., 762 B. Hafer per Frühjahr 547 G., 550 B. Mais per Mai-Juni 4,74 G., 4,76 B. Rohraps per August-September 11,50 G., 11,55 B. — Wetter: Schön.

Paris, 8. Februar. Getreidemarkt. (Anfangs-Bericht.) Mehl matt, per Februar 48,40, per März 48,40, per März-Juni 48,50, per Mai-August 49,00. Spiritus beh. per Februar 47,25, per März 47,25, per April 47,25, per Mai-August 47,50. — Wetter: Mild.

Paris, 8. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loco behauptet, per Februar 58,00, per März 58,50, per März-Juni 59,00, per Mai-August 59,50. Mehl beh. per Februar 48,50, per März 48,60, per März-Juni 48,60, per Mai-August 49,10. Spiritus fest, per Februar 47,25, per März 47,50, per März-April 47,50, per Mai-August 47,50.

London, 8. Februar. 4 Uhr 20 Minuten Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen schwach, übriges Getreide allgemein schwach, seit Anfang unverändert. — Wetter: schön. Fremde Zuckerr: Weizen 4940, Gerste 5200, Hafer 2780 Quarters.

Glazow, 8. Februar. Vormittags 11 Uhr 5 Minuten. Rohheisen. Mixed numbers warrants 46 Sh. 3 d. nominell.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. Februar. Man bringt die heute plötzlich erfolgte Abreise des Prinzen Danilo von Montenegro nach Petersburg mit den Zufunden in Montenegro in Zusammenhang. Eingeweihte wollen wissen, daß sich dort überraschende Dinge vorbereiten.

Wien, 8. Februar. Die „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht verschiedene sensationelle Dokumente aus dem viel besprochenen Buche des ehemaligen Dragomans der russischen Gesandtschaft in Bukarest. Darunter befindet sich eine kryptische Depesche des

Chefs des asiatischen Departements in Petersburg an den russischen Geschäftsträger in Bukarest, die falls sie sich authentisch erweist, geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Darnach soll nämlich die Absicht bestanden haben, sich des Prinzen Ferdinand sowie der bulgarischen Nachhaber durch eine Zusageleistung zu entziehen, welche bei der Station Tschahis Tschahis der Russisch-Bulgarischen Linie mit Hilfe russischer Geheimpolizisten arrangiert werden sollte.

Triest, 8. Februar. Das hiesige griechische General-Konsulat eröffnete eine Sammlung für die Nothleidenden von Zante.

Paris, 8. Februar. Wie „Gaulois“ meldet, habe der alte Lessips in einem letzten Moment nach seinem Sohne Charles verlangt, das Gesicht um eine temporäre Haftentlassung des Letzteren sei jedoch abgelehnt worden.

Nizza, 8. Februar. Der Ombudsberger Begnad aus Dresden hat sich wegen Kränklichkeit erschossen, nachdem er einer ihn begleitenden Dame sein ganzes Vermögen verschrieben hat.

Rom, 8. Februar. Tanlongo, Razzaroni und Cuciniello kommen im Mai vor das Schwurgericht. Tanlongo erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß, mit Ausnahme Rubinis, alle Ministerpräsidenten Geschäftsbeziehungen zur Banca Romana gehabt haben.

London, 8. Februar. Einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus Petersburg zufolge soll der Zar beschloffen haben, Schritte zur Einführung der Geldwährung in Rußland zu thun.

Petersburg, 8. Februar. Einem Telegramm aus Charkow zufolge ist dort eine sehr bedeutende Feuersbrunst ausgebrochen. Die große Passage steht in Flammen. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Letzte Nachrichten.

Börsen, 8. Februar. Die Strafkammer verurtheilte heute den Restaurateur Szerner, welcher am Abend des 30. November im Garten seines Restaurants zwei Gefreite des hiesigen Train-Bataillons, welche er angelockt für Diebe gehalten, durch Schrotschüsse im Rücken schwer verletzt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis. Die Verurtheilten, welchen zusammen 80 Schrotschüsse in den Körper gedrungen waren, mußten sechs Wochen im Garnisonlazareth zubringen.

Danzig, 8. Februar. Der dänische Dampfer „Vernice“, welcher im Eise förmlich eingeklemmt, ostwärts abgetrieben war, hat sich aus eigener Kraft frei gemacht und ist in den eisfreien Hafen von Renshawasser eingelaufen. Mehrere Platten sind vom Eise beschädigt worden.

Wilhelmschafen, 8. Februar. Se. Majestät der Kaiser wird dem Vernehmen nach am 16. d. der Vereidigung der Rekruten der Nordsee-Station beizuwohnen. Der kommandirende Admiral Behr, v. d. Goltz trifft am 15. d. zu der Vereidigung em.

Rom, 8. Februar. In Campolieto (Distrikt Campobasso) sind heute Vormittag mehrere schlecht gebaute Häuser eingestürzt. Soweit bis jetzt bekannt, sind 13 Personen dabei umgekommen und 14 Personen verletzt.

London, 8. Februar. Lord Cranbourne, der älteste Sohn Lord Salisbury's, wurde ohne Gegenkandidaten zum Mitglied des Unterhauses für Rochester gewählt, ebenso der bekannte frühere Premier Davitt zum Mitglied des Unterhauses für Nordport-Cork.

London, 8. Februar. Unterhaus. Der Präsident der Lokalverwaltung Fowler wies die Geschäftsung Collings zurück, daß die Regierung den landwirtschaftlichen Arbeiter zu hinterziehen wünsche; sobald die Homerule-Vorlage erledigt sei, würde sie die Durchführung der übrigen Bills betreiben. Das Amendement Collings' wurde schließlich mit 312 gegen 228 Stimmen verworfen.

Die Regierungstruppen haben 200 Ansiedler, welche sich der aufständischen Bewegung in der Provinz Santa Fé angeschlossen hatten, gefangen genommen. Dieselben wurden nach der Stadt Santa Fé gebracht, wo der Gouverneur sie in Freiheit setzte. Sämtliche Kolonien in der Provinz haben sich gegen die neu eingeführte Steuer, welche die Unruhen veranlaßt, erklärt.

Wetterausichten

für Donnerstag den 9. Februar.
Ein wenig kälteres, zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Wetter mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden.

Berlin, den 8. Februar 1893.			
Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000
Hypotheken-Certifikate.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000
Bank-Papiere.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000
Bergwerk- und Hütten-Gesellschaften.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000
Versicherung-Gesellschaften.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.			
Deutsche Anl. 4% 107,000	Deutsche Anl. 3% 98,000	Deutsche Anl. 2% 95,000	Deutsche Anl. 1% 92,000
Pr. Anl. 4% 107,000	Pr. Anl. 3% 98,000	Pr. Anl. 2% 95,000	Pr. Anl. 1% 92,000
Preuss. Anl. 4% 107,000	Preuss. Anl. 3% 98,000	Preuss. Anl. 2% 95,000	Preuss. Anl. 1% 92,000

